

Die Woche in Argentinien



Armut nimmt zu

Die Armut erfasst immer weitere Kreise. Wie die Statistikbehörde Indec am Montag mitteilte, lebten am Ende der ersten Hälfte dieses Jahres 35,4 Prozent der Menschen im Land unterhalb der Armutsgrenze. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren dies 14,4 Millionen Personen. Die Zunahme gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs beträgt 8,1 Prozentpunkte. Die von der Behörde erhobenen Daten beziehen sich auf die Bevölkerung in 31 urbanen Zentren, gelten aber als repräsentativ für das ganze Land. Gründe für die Entwicklung sind die galoppierende Inflation, deren Rate bei mehr als 50 Prozent liegt, die Prekarisierung des Arbeitsmarkts sowie ein heftiger Kaufkraftverlust. Der Kampf gegen die Armut war eines der wichtigsten Wahlversprechen von Präsident Mauricio Macri. Doch dem als marktfreundlich geltenden Staatschef ist es nicht gelungen, die wirtschaftliche Lage für große Teile der Bevölkerung spürbar zu verbessern.

Arme Kinder

Besonders besorgniserregend ist die Armut unter den Kindern. Laut den Indec-Zahlen sind landesweit 52,6 Prozent aller Personen unter 14 Jahren von Armut betroffen. In absoluten Zahlen: Von insgesamt 9,5 Millionen Kindern lebten am Ende der ersten Hälfte dieses Jahres 5 Millionen in Haushalten, die als arm gelten. Eine Million mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. 1,2 Millionen Kinder (13,1 Prozent) befanden sich sogar in extremer Armut. In letztere Kategorie fallen Familien, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um die Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs zu erwerben. Durchschnittlich verfügen solche Familien gerade über 7733 Pesos pro Monat. Für die Deckung des Minimalbedarfs eines vierköpfigen Haushalts werden indes mindestens 12.246 Pesos veranschlagt.

Friedhof geschändet

Am Vorabend des jüdischen

Neujahrsfestes Rosch ha-Schana haben bislang unbekannte Täter den jüdischen Friedhof in La Tablada (Provinz Buenos Aires) geschändet. Sie rissen eine Mauer nieder, beschädigten Gräber und entwendeten Bronzeplaketten. Vertreter der jüdischen Gemeinschaft sowie des Staates verurteilten die vor wenigen Tagen verübte Tat auf Schärfste. Claudio Avruj, der Staatssekretär für Menschenrechtsangelegenheiten, sprach von einem „Akt des Vandalismus“. Er sprach den Betroffenen sein Mitgefühl aus. Ariel Eichbaum, der Vorsitzende des jüdischen Sozialwerks AMIA, sprach von „tiefer Trauer und Fassungslosigkeit“ angesichts von Gewalttaten an einem heiligen Ort zu einem der wichtigsten religiösen Feste des Jahres. Eichbaum forderte von der Provinzregierung eine umgehende Wiederherstellung der Bewachung des Areals. Die Verwaltung hatte nur 24 Stunden vor der Tat bekanntgegeben, den Wachdienst zurückzufahren.

Bürgermeister angegriffen

Der Bürgermeister von Paraná, Sergio Varisco, ist am Dienstag auf offener Straße von drei Personen zusammengeschlagen worden. Der Politiker erlitt dabei einen Hüftbruch und musste ins Krankenhaus „San Martín“ überführt werden. Die Tat ereignete sich gegen 16 Uhr auf der Straße Pellegrini vor dem Haus von Variscos Mutter. Die Polizei nahm drei Tatverdächtige fest. Es wird derzeit ermittelt, ob die Attacke einen politischen Hintergrund hat, oder ob es sich um einen Fall von Straßenkriminalität handelt. Auch ansonsten liefen die Dinge für Varisco, der der Radikalen Bürgerunion angehört, zuletzt nicht gut. Im Juni dieses Jahres verlor er die Wahlen, sodass er am 10. Dezember das Amt des Bürgermeisters der Provinzhauptstadt von Entre Ríos abtreten muss. Gegen Varisco läuft derzeit zudem ein Gerichtsverfahren wegen des Verdachts, eine Drogenhändlerbande finanziert zu haben.

(AT/mc)

„Nichtmenschliche Person“

Buenos Aires (dpa) - Ein Orang-Utan-Weibchen ist auf Verlangen der argentinischen Justiz aus dem ehemaligen Zoo von Buenos Aires in eine Auffangstation für Menschenaffen in den USA verlegt worden. Der 1986 im Rostocker Zoo geborenen „Sandra“ wurden die Rechte einer „nichtmenschlichen Person“ zugesprochen, deshalb sei ihre Freilassung zwingend. Das Tier wurde vor wenigen Tagen per Direktflug nach Dallas gebracht - allerdings nicht als Passagier, sondern im Frachtraum, wie Anwalt Andrés Gil Domínguez erklärte. Da die 53 Kilogramm schwere Menschenäffin nicht imstande ist, sich dem Leben in der Wildnis anzupassen, soll sie zukünftig im Freigehege des Center for Great Apes in Florida leben. Dort sind bereits 21 weitere Orang-Utans und 31 Schimpansen untergebracht, unter ihnen „Bubbles“, ehemals Haustier von Popstar Michael Jackson. „Sandra“ verbrachte nach ihrer Geburt in Rostock einige Jahre im ehemaligen Ruhr-Zoo in Gelsenkirchen, bevor sie 1995 nach Buenos Aires verlegt wurde. Der 2014 von Tierschützern angestrebte Prozess um „Sandras“ Grundrechte hat mit dazu beigetragen, dass der Zoo von Buenos Aires in einen Ökopark umgewandelt wird. Bis 2023 soll dort eine Forschungs- und Bildungsstätte zum Erhalt der Artenvielfalt entstehen.

Macri-Lager siegt in Mendoza

Rodolfo Suárez wird neuer Gouverneur

Buenos Aires (AT/mc) - Erfolg für das Regierungsbündnis Juntos por el Cambio (Gemeinsam für den Wandel): Mit 50,1 Prozent setzte sich der Macri-treue Kandidat Rodolfo Suárez bei den Gouverneurswahlen in Mendoza durch. Anabel Fernández Sagasti, die Bewerberin der Kirchner-treuen Wahlallianz „Frente de Todos“ (Bündnis von allen), musste sich mit 34,8 Prozent deutlich geschlagen geben.

Suárez löst somit am 10. Dezember seinen Parteifreund Alfredo Cornejo an der Spitze der Provinzverwaltung ab. Letzterer durfte aufgrund des Wahlrechts des Gliedstaats nicht noch einmal kandidieren. Insgesamt nahmen 83 Prozent der Wahlberechtigten an dem Urnengang teil.

Suárez' Erfolg ist Rückenwind für den seit den Vorwahlen politisch schwer angeschlagenen Staatschef Mauricio Macri, der sich am 27. Oktober um eine Wiederwahl bemüht. Bislang musste das Macri-Lager in diesem Jahr zahlreiche Wahlschlägen einstecken. Die Regierung hofft nun, dass durch das Mendoza-Ergebnis eine Trendwende eingeleitet werden kann.

Wahlsieger Suárez dankte am Wahlabend seinen Wählern für die „überzeugende Unter-



Wahlsieger Rodolfo Suárez.

stützung“. Er formulierte: „Wir sind ein Beispiel für das Land. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Die Lage ist ernst.“ Und er trat gegen den politischen Mitbewerber nach: „Populismus ist schlecht. So etwas gefällt uns hier nicht.“

Auch der bisherige Gouverneur Cornejo griff das Oppositionslager scharf an: Präsidentschaftskandidat Alberto Fernández habe eine „Dummheit“ begangen mit dem Versuch, den lokalen Wahlkampf auf die nationale Ebene heben zu wollen. Fernández hatte sich vor Ort in den Wahlkampf eingebracht. Der Präsidentschaftskandidat sowie mehrere peronistische Gouverneure seien mit Privatflugzeugen nach Mendoza gereist, um den Menschen zu sagen, wie sie

zu wählen hätten, giftete Cornejo.

Mit Blick auf die nationalen Wahlen meinte der scheidende Gouverneur: „Wir wollen, dass es Argentinien gut geht und sich Mendoza darin einfügt. Und wir wollen, dass sich die Wähler am 27. Oktober gegen die Kirchner-Korruption aussprechen.“

Die Weinbauprovinz Mendoza war historisch stets sehr umkämpft. Seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 gab es bislang fünf peronistische und vier radikale Gouverneure. Mit Suárez, der wie Cornejo der Radikalen Bürgerunion (UCR) angehört, wird somit der numerische Ausgleich hergestellt. Die UCR bildet mit Macris Pro-Partei und weiteren Partnern das Wahlbündnis „Juntos por el Cambio“.

Aufarbeitung von Diktaturen

Käsemann-Stiftung organisiert Symposium in Buenos Aires

Buenos Aires (AT/mc) - Ein Erfahrungsaustausch in Sachen juristischer Aufarbeitung von Diktaturen - darum ging es beim Symposium „Past and Future“, das die Elisabeth-Käsemann-Stiftung Anfang dieser Woche in Buenos Aires organisierte. Juristen aus Argentinien, Deutschland und Kolumbien trafen sich drei Tage lang in der Juristischen Fakultät der Universität von Buenos Aires.

„Die Teilnehmer stammen aus Ländern, deren historische Rechtsbrüche häufig stellvertretend für extreme Menschenrechtsverletzungen und Konflikte genannt werden, die aber auch großartige Leistungen im Bereich der Vergangenheitsaufarbeitung hervorgebracht haben“, meinte Dorothee Weitbrecht, die Vorsitzende der Käsemann-Stiftung bei ihrer Begrüßungsansprache. Argentinien stehe für die „grausamste und effektivste lateinamerikanische Militärdiktatur“. Andererseits finde Argentinien weltweit Anerkennung für einen 18 Jahre nach Ende der Diktatur wieder aufgenommenen Aufarbeitungsprozess mit traditionellen Rechtsmitteln, der auch für andere Länder Südamerikas vorbildhaft sein könnte.

Deutschland hingegen sei 1963 - 18 Jahre nach Ende des „Dritten Reiches“ - noch weit davon entfernt gewesen, aus eigener Kraft die NS-Vergangenheit juristisch und gesellschaftlich aufzuarbeiten, verdeutlicht Weitbrecht.

Kolumbien wiederum litt jahrzehntelang unter einer „singulären Auseinandersetzung zwischen der ältesten und größten Guerrillaorganisation Lateinamerikas und staatlichen Terrorereinheiten und Paramilitärs“.

Die deutsche Delegation war bei dem Treffen hochrangig vertreten. Beispielsweise durch Cornelius Nestler. Der Kölner Strafrechtsprofessor war Nebenklägervertreter in Strafprozessen gegen ehemalige SS-Leute und Wächter von Konzentrationslagern.

Mit dabei in Buenos Aires war auch Jens Rommel, der Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Gegenüber dem Tageblatt erläuterte Rommel: Es gehe bei dem Symposium nicht darum, Verbrechen zu vergleichen, sondern vielmehr darum aufzuzeigen, welche Wege des Umgangs und der Aufarbeitung es gebe.

Weitbrecht selbst hat ein persönliches Motiv, sich gerade mit der letzten argentinischen Militärdiktatur auseinanderzusetzen. Die Historikerin ist die Nichte von Elisabeth Käsemann. Diese kam Anfang der



(v.l.n.r.) Der kolumbianische Botschafter Álvaro Pava Camelo, Dorothee Weitbrecht und der deutsche Botschafter Jürgen Christian Mertens.

70er Jahre nach Argentinien, wo sie studierte und sich für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen engagierte. 1977 wurde sie von Schergen der Diktatur entführt und nach wochenlanger Folter erschossen. Ihr Fall ist einer von fast 100 deutsch-argentinischen Opfern während der Militärdiktatur. 2014 gründete Weitbrecht gemeinsam mit Gleichgesinnten die Stiftung, die den Namen ihrer ermordeten Tante trägt.

Die Organisation will dahin wirken, nachfolgende Generationen für antidemokratische Gefahren und die Bedeutung der Menschenrechte zu sensibilisieren. Ausgangspunkt war die juristische Aufarbeitung der Militärdiktatur in Argentinien. In einer gemeinsamen Bemühung errichteten deutsch-argentinische und deutsche Opfer, Opferangehörige, kirchliche und nichtstaatliche Organisationen mit der „Koalition gegen Strafflosigkeit“ die internationale Strafverfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Aktuell unterstützt die Käsemann-Stiftung die Planung und den Bau einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen geheimen Haftlagers El Vesubio. Zudem fördert sie Schulprojekte, wie zuletzt an der hiesigen Pestalozzi-Schule, bei denen Wissen über die Diktatur vermittelt wird.

Gelegenheit zum Austausch bestand bereits bei dem Empfang, den der deutsche Botschafter Jürgen Christian Mertens am Montag in seiner Residenz veranstaltete. Der Diplomat würdigte die Stiftung wegen ihres Einsatzes für den Schutz der Menschenrechte und die demokratischen Werte durch den interkulturellen Dialog. Mertens hob die „immense Verantwortung“ der Justiz bei der Aufarbeitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit hervor. Schließlich gehe es hier nicht nur um Gerichtsprozesse, sondern auch um Gerechtigkeit für die Gesellschaft insgesamt.